

### Exkurs zur Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt

Auf Anfrage teilte das Landesinstitut für Lehrerfortbildung mit, dass neben der gemeinsamen Tagung mit der Landesbeauftragten keine weitere Veranstaltung ausdrücklich die DDR-Vergangenheit thematisiert hat. Probleme der DDR-Geschichte werden jedoch am Rande anderer Veranstaltungen häufig diskutiert.

Als ein Beispiel der Bearbeitung der DDR-Geschichte durch Schüler soll hier das Projekt „Zehn Jahre deutsche Einheit – Erlebnisse und Erfahrungen aus der Sicht junger Dessauer“ der Berufsbildenden Schule I am Anhaltischen Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ genannt werden. Hier haben sich Schüler mit der Geschichte des Herbstes 1989, aber auch mit der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit in ihrer Stadt auseinandergesetzt. Das Projekt wurde von der Robert-Bosch-Stiftung unterstützt. Die Ergebnisse wurden im Sommer 2001 veröffentlicht. Diesem Beispiel sollten möglichst viele Schulen folgen.

#### 4.2.3. Weitere Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- 01./02.02.2001 Gemeinsame Veranstaltung aller Landesbeauftragten in Berlin zur psycho-sozialen Beratung mit MfS-Bezug
- 28.02.2001 „Die Farce“. Lesung mit Elisabeth Graul  
Gemeinsame Veranstaltung mit der Außenstelle Halle der Bundesbeauftragten
- 04.04.2001 „Meine Flucht 1964 aus der DDR in den Westen“  
Broschürenvorstellung mit dem Autor Dr. E. Raschke  
(gemeinsam mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt in Magdeburg)
- 14.06.2001 „Literatur und MfS“. Vortrag von Christoph Kuhn in Halle  
(gemeinsam mit der Stadtbibliothek Halle)
- 17.06.2001 Teilnahme mit einem Informationsangebot an der Veranstaltung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur „Der 13. August – 40 Jahre Mauerbau“ in Berlin  
(gemeinsam mit allen Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen aus Sachsen-Anhalt)
- 19.06.2001 „... man muß doch mal zu seinem Recht kommen ...“  
Broschürenvorstellung mit dem Autor Paul Werner Wagner  
(gemeinsam mit der Stadt Bitterfeld)  
An dieser Veranstaltung nahm die Witwe von P. Othma teil. Für sie war der Abend eine späte Rehabilitierung ih-

res Mannes, der 1953 als „Faschist“ gebrandmarkt wurde. Die Stadt Bitterfeld und die Gemeinde Sandersdorf planen eine besondere Ehrung im öffentlichen Raum (Gedenkplatte, Straßen- oder Gebäudebenennung o. Ä.).

- 22.06.2001 „Die operative Psychologie des MfS der DDR“. Vortrag von Dr. H. Richter  
(gemeinsam mit der Außenstelle Halle der Bundesbeauftragten)
- 29./30.06.2001 Gemeinsame Veranstaltung aller Landesbeauftragten zur Arbeit in den ehemaligen UHA/MfS in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle
- 29.06.2001 „... auf deutsch sozialistisch zu denken ...“  
Broschürenvorstellung in Staßfurt mit der Autorin Uta Rüchel  
(gemeinsam mit dem Berufsförderungswerk Sachsen-Anhalt)
- 02.07.2001 „Die operative Psychologie des MfS der DDR“. 2 Vorträge von Dr. H. Richter in Magdeburg  
(gemeinsam mit der Außenstelle Magdeburg der Bundesbeauftragten und dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt)
- 16.07.2001 Gemeinsame Veranstaltung aller Landesbeauftragten in Magdeburg zur psycho-sozialen Beratung mit MfS-Bezug
- 18.07.2001 „amnesty international und die DDR“. Ausstellungseröffnung in Magdeburg  
(gemeinsam mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt)
- 16.08.2001 „Man lebt sich auseinander“. Broschürenvorstellung mit der Autorin Jutta Gladen in Magdeburg  
(gemeinsam mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt)
- 31.08./01.09.2001 „Politische Justiz und Gedenkstättenarbeit“. Tagung in Halle u. Wolfenbüttel  
(gemeinsam mit dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, den Landeszentralen für politische Bildung in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen und der Gedenkstätte „Roter Ochse“)
- 04.09.2001 „amnesty international und die DDR“. Ausstellungseröffnung in Halle  
(gemeinsam mit der Gedenkstätte „Roter Ochse“)
- 27./28.09.2001 Gemeinsame Veranstaltung aller Landesbeauftragten in Berlin zur psycho-sozialen Beratung mit MfS-Bezug

- 02.10.2001 „Wer oder was ist deutsch? Ausländer – Inländer – Deutschländer“. Gemeinsame Veranstaltung mit dem Elisabethgymnasium Halle und der Außenstelle Halle der Bundesbeauftragten (deutsch-deutsches Schülerprojekt)
- 03.10.2001 „Aus der Vergangenheit lernen – Umgang mit Rassismus in internationalen Kooperationen“. Veranstaltung in Magdeburg (gemeinsame Veranstaltung mit dem Kirchlichen Entwicklungsdienst und dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt)
- 05./06.11.2001 Gemeinsame Veranstaltung aller Landesbeauftragten zur Arbeit in den ehemaligen UHA/MfS in Bautzen
- 13.11.2001 „30 Jahre Zielperson des MfS“  
Broschürevorstellung in Magdeburg mit dem Autor Dr. Th. Mechtenberg
- 22./23.11.2001 „Vernetzung von Gedenkstätten zur SED-Diktatur“. Tagung in Marienborn  
(gemeinsam mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung, der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“)
- 26.11.2001 „Bautzen – Das Ende einer Jugend“. Film und Vortrag mit Jochen Stern in Magdeburg  
(gemeinsam mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt)
- 29./30.11.2001 „Alltag in Diktaturen“. Veranstaltung zur Lehrerfortbildung in Wendgräben  
(gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt)
- 18.12.2001 „Rebellion gegen die Enge“. Broschürevorstellung mit dem Autor P. W. Wagner in Bitterfeld  
(2 Veranstaltungen mit dem W.-Rathenau-Gymnasium und der Stadt Bitterfeld)
- 20.12.2001 Workshop zur Erstellung von Arbeitshilfen für Lehrer in Magdeburg  
(gemeinsam mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt und der Außenstelle Magdeburg der BStU)
- 17.01.2002 „Roter Stern über Deutschland“. Vortrag von I. K. Kowalczuk und St. Wolle in Magdeburg  
(gemeinsam mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt)
- 07.02.2002 „Die Andere Zeitung“. Broschürevorstellung mit dem Autor Th. Etienne in Magdeburg  
(gemeinsam mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt)



Lesung im W.-Rathenau-Gymnasium Bitterfeld am 18.12.2001



Lesung im Rathaus Bitterfeld am 18.12.2001

Über mehrere Veranstaltungen hinweg wurde gemeinsam mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Marienborn unter dem Thema „Umgang mit DDR-Repressierten“ ein Seminar für Gästeführer durchgeführt. Auf der Veranstaltung am 14.11.2001 berichtete die Landesbeauftragte über ihre Arbeit und damit in Zusammenhang stehende Probleme.

Zusätzlich wurden Vorträge der Landesbeauftragten zur Arbeit der Behörde und zu einzelnen Fragen der Aufarbeitung oder Grußworte in Sachsen-Anhalt auf verschiedenen Podiums- und Vortragsveranstaltungen gehalten: am 07.02.2001 in Eisleben, am 13.02.2001 in Leipzig (Podiumsgespräch beim MDR-Gesamtpersonalrat), am 28.2.2001 im MDR (Sendung „Der lange Schatten der Stasi“), am 05.03.2001 in Halle (Ausstellungseröffnung anlässlich des 5. Jahrestages des Bestehens der Gedenkstätte), am 20.03.2001 in Helmstedt (Kivanes), am 24./25.03.2001 in Wendgräben, am 26.6.2001 in Magdeburg (CDU-Kreisverband), am 28.6.2001 in Leipzig (Frauenkulturzentrum), am 31.7.2001 in Magdeburg (Opferberatung der Justiz), am 16.8.2001 in Magdeburg (Veranstaltung „Schatten der Vergangenheit“), am 25.10.2001 in Magdeburg (Vorstellung des Arbeitskreises „Aufarbeitung“ beim Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“), am 17.11.2001 in Magdeburg (anlässlich der Gedenkfeier von BSV und VOS), am 3.12.2001 in Genthin (Eröffnung der Ausstellung „Alles im Griff“).

#### 4.3. Faltblätter

Die Faltblätter mit den Anschriften von Vereinen und Behörden müssen auf Grund sich ändernder Anschriften und Sachverhalte ständig aktualisiert werden. Um zu vermeiden, dass ungültig gewordene Exemplare weggeworfen werden müssen, werden diese und das Publikationsverzeichnis in der Behörde als Kopie erstellt. Die anderen Ausgaben liegen gedruckt vor. Erhältlich sind folgende Faltblätter:

- Gedenkstätten, Vereine und Behörden zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in Sachsen-Anhalt
- Aufgaben und Angebote der Behörde
- Bibliothek in der Behörde der Landesbeauftragten
- Publikationsverzeichnis
- Mit 16 im „Roten Ochsen“ – Wolfgang Hünerbein 1970

Weitere Faltblätter mit Kurzbiographien von Opfern politischer Verfolgung werden zukünftig gemeinsam mit dem Gedenkstättenbereich des Landes herausgegeben.

#### 4.4. Rundbrief

Der Rundbrief wird monatlich erstellt und in Kopie an Multiplikatoren, Einrichtungen der politischen Bildung und mit dem Thema befasste Behörden versandt. Er enthält Hinweise auf Veranstaltungen, welche sich mit totalitärer Herrschaft und den Folgen für die Einzelnen beschäftigen sowie Hinweise auf Ausstellungen und Neuerscheinungen. Er ist nach wie vor das einzige Informationsblatt dieser Art, welches regelmäßig in Sachsen-Anhalt erscheint. Seitens der Behörde wurde im Sommer 2001 eine Umfrage mit dem Ziel durchgeführt, zu registrieren, ob wirklich ein weiteres Interesse an dem Erhalt der Informationen besteht. Die Anzahl der Empfänger reduzierte sich hierdurch von 388 auf 260. Einige der Bezieher wollten sich zukünftig auf die Internetversion beschränken. Sie kann ständig aktualisiert werden.

Personen und besonders Einrichtungen, welche sich nicht meldeten, wurden aus dem Verteiler genommen. In einigen Gedenkstätten wird der Rundbrief ausgelegt, so dass monatlich jetzt 566 Exemplare verschickt werden.

#### 4.5. Bibliothek

Zusätzlich zum Gebrauch durch die Mitarbeiter der Behörde wurde die Bibliothek im Berichtszeitraum (1. Januar–31. Dezember 2001) von 37 Nutzern in Anspruch genommen. Dabei kam es zu 71 Entlehnungen.

In 18 Fällen wurden auf Anfrage Literatur-Recherchen zu Büchern und Zeitschriftenartikeln zu verschiedenen Themen ausgeführt.

Die Bibliothek enthält Literatur zum Thema Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Um die wichtigsten Neuerscheinungen beim Ankauf berücksichtigen zu können, werden regelmäßig die Presse sowie Verlagsinformationen ausgewertet.

Der Bestand an Büchern umfasste Ende Februar 2002 genau 2.010 Titel. Davon sind 684 Titel in mehreren (meist 2) Exemplaren vorhanden.

Der Bestand ist in folgende Rubriken unterteilt:

DDR allg. – MfS – Politische Justiz/Haft in der SBZ/DDR – Kultur – Kirche – Bundesrepublik Deutschland (bis 1990) – Deutsche Teilung – „Wende“ – Vereinigtes Deutschland – Osteuropa – Nationalsozialismus – Veröffentlichungen der Landesbeauftragten und der Bundesbeauftragten – Untersuchungsausschüsse – Gesetze – Sonstiges – DDR-Original-Literatur (u. a. Gesetzessammlungen sowie Zeitschrift „Neue Justiz“).

Dazu kommen 34 Faltblätter, 29 Videos, 17 Audio-CDs, 1 Audiocassette und 13 Multimedia-CD-ROMs, sowie mehrere Cassetten mit selbstaufgezeichneten Fernseh- bzw. Hörfunkbeiträgen (letztere nur zum Eigengebrauch).

Von 60 verschiedenen Zeitschriften befinden sich Exemplare im Bestand. 17 Zeitschriften werden regelmäßig bezogen (u. a. „Deutschland-Archiv“ (Bestand fast vollständig ab 1978), „Freiheitsglocke“, „Gerbergasse 18“, „Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte“, „Horch und Guck“, „Justizministerialblatt des Landes Sachsen-Anhalt“, „Neue Justiz“, „Der Stacheldraht“, „Politische Zeitschrift“, „Rundbrief der Walter-von-Baeyer-Gesellschaft für Ethik in der Psychiatrie e. V. (GEP)“, „Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat“). Datenbanken mit den Inhaltsverzeichnissen einiger der genannten Periodika gestatten eine schnelle Recherche.

Der BStU-Pressespiegel wird seit September 1994 archiviert. Mit Hilfe einer Datenbank ist hier ebenfalls eine schnelle Recherche über die Inhaltsverzeichnisse möglich.

Öffnungszeiten der Bibliothek:

Mo	11.00–15.30 Uhr
Di	9.00–18.00 Uhr
Mi, Do	9.00–15.30 Uhr
Fr	9.00–13.00 Uhr

#### 4.6. Internet

Das seit Ende 1998 bestehende Internetangebot der Landesbeauftragten wurde ausgebaut.

Die Internet-Adresse lautet:

<http://www.landesbeauftragte.de>

Die 10 abrufbaren Seiten haben folgende Struktur:

Anfangsseite:	Begrüßung
Informationen:	Informationen zu Aufgaben und Angeboten der Landesbeauftragten
Termine:	Veranstaltungen und Ausstellungen (wird laufend aktualisiert)
Literatur:	Hinweise zu Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt
Dokumente:	Stasi-Unterlagen-Gesetz (Text und Antragsformular – Link zur BStU-Site), Downloadmöglichkeit für die Tätigkeitsberichte sowie weiterer Publikationen
Broschüren:	Downloadmöglichkeit für Broschüren (vor allem für die inzwischen vergriffenen)
Pressematerial:	Pressemitteilungen – mit Archiv der vorjährigen Pressemitteilungen
Vereine/Verbände:	Adressen, Telefon-/Fax-Nummern von Gedenkstätten und Vereinen zur Aufarbeitung (z. B. Erklärungen der Konferenz der Landesbeauftragten, Veranstaltungen der Behörde)
Link-Verzeichnis:	Links zu anderen Landesbeauftragten, Vereinen und Institutionen zur Aufarbeitung

Über e-mail ist die Behörde unter der Adresse [info@landesbeauftragte.de](mailto:info@landesbeauftragte.de) zu erreichen.

Um die Download-Verfügbarkeit der als PDF-Dokumente erhältlichen vergriffenen Broschüren zu gewährleisten, wurden bereits im Februar 2001 50 MB Speicherplatz angemietet.

Mittlerweile sind 30 Broschüren und sonstige Dokumente zum Abruf bereit gestellt. Von Februar 2001 bis Januar 2002 wurde über 700-mal von der Möglichkeit zum Download Gebrauch gemacht. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich die Handreichung (85 Downloads), der Archivführer (72) sowie die beiden Broschüren der Reihe „Betroffene erinnern sich“ „Vom Roten Ochsen geprägt“, Teil 1 und 2 (je 33) und aus der Reihe „Sachbeiträge“ „Das Chemiedreieck im Bezirk Halle aus der Sicht des MfS“ (20).

## 5. Zuwendungen der Behörde der Landesbeauftragten

Die Verfolgtenverbände sowie die Aufarbeitungsinitiativen leisten durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit einen wichtigen Beitrag bei der Aufarbeitung politisch motivierten Unrechts in der DDR. Diese Aufgaben können durch staatliche Institutionen nur eingeschränkt wahrgenommen werden. Aus diesem Grund müssen Bund, Länder und Kommunen diese unverzichtbare Arbeit ideell und finanziell **langfristig** unterstützen. Die Arbeit der Vereine kann durch die Mitgliedsbeiträge nicht finanziert werden.

Das Land Berlin ist kürzlich mit gutem Beispiel vorangegangen. Der Kulturausschuss im Abgeordnetenhaus hat am 18.2.2002 einstimmig beschlossen:

*Der Senat wird aufgefordert mit dem Ziel initiativ zu werden, den Erhalt der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus und weiterer Projekte zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte dauerhaft durch o. g. Behörde zu sichern.*

An dieser Stelle wird noch einmal darauf hingewiesen, dass die **Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur** in der Regel nur länderübergreifende Projekte fördert, die auch einen Förderanteil des jeweiligen Landes in angemessener Höhe aufweisen können. Das heißt, das Land Sachsen-Anhalt darf sich nicht aus der Förderung der Vereinsarbeit in diesem Bereich zurückziehen. Anderenfalls bestünde die Gefahr, dass nicht nur die Arbeit der Vereine grundlegend gefährdet ist, sondern dem Land auch Bundesmittel verloren gehen. Länderbezogene Projekte müssen darüber hinaus nach wie vor durch das Land gefördert werden. Hierzu gehören insbesondere die Projekte im Rahmen der Opferberatung und -betreuung. Angesichts der fehlenden Möglichkeiten zur Wiedergutmachung an Opfern des SED-Regimes sollte den Vereinen, welche sich diesen Menschen widmen und damit die Demokratie in Sachsen-Anhalt befördern, durch Kürzung der finanziellen Mittel nicht der Boden für ihre Arbeit entzogen werden. Hier sollten sich auch die Kommunen trotz knapper Haushaltsmittel darüber klar werden, dass zu den Einwohnern ihrer Städte und Gemeinden zahlreiche Opfer politischer Gewaltherrschaft zählen, die häufig nach einem schwierigen Leben nur unzureichend finanziell abgesichert sind und dringend einen gedanklichen Austausch untereinander brauchen. Eine angemessene Unterstützung ihrer Vereine oder der Betreuungsarbeit sollte auch im kommunalen Haushalt Platz finden.

Darüber hinaus wird angeregt, dass sich das Land Sachsen-Anhalt mit seinen Möglichkeiten für eine Erhöhung der Zuwendungsmittel für die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Bundeshaushalt einsetzt, da die bisherige Erfahrung gezeigt hat, dass die dort bereitgestellten Mittel längst nicht für alle gestellten Anträge ausreichen.

Das „Dokumentationszentrum am Moritzplatz“ des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V. in Magdeburg und das Zeitzeugenbüro des Vereins Zeit-Geschichte(n) e.V. in Halle werden gemeinsam von der Landesbeauftragten und der Stiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur gefördert. Die Landesbeauftragte ist 1998 vom Deutschen Bundestag für die Dauer von 5 Jahren zum Mitglied des Stiftungsrates gewählt worden und nimmt regelmäßig an den Sitzungen teil.

Folgendes wird zur Arbeit der Einrichtungen berichtet:

### Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.: Dokumentationszentrum am Moritzplatz:

Mit seiner Dauerausstellung, den zahlreichen Sonderausstellungen und der Bibliothek und Videothek bietet diese Einrichtung die Möglichkeit zur Information über die Arbeitsweise des MfS und seiner „Partner des operativen Zusammenwirkens“ im Bezirk Magdeburg. Mit den Führungen und 31 Projekttagen wurden besonders junge Menschen erreicht. 7.867 Personen (darunter 277 Gruppen, 500 Einzelpersonen und 1.875 Besucher von Abendveranstaltungen, wie Lesungen und Vorträge) besuchten das Dokumentationszentrum im Jahr 2001. Diese Veranstaltungen wurden videodokumentiert.

Sieben Sonderausstellungen wurden im Berichtszeitraum zusätzlich an andere Institutionen verliehen. Diese erreichten ca. 4.000 Personen.

Darüber hinaus beschäftigt sich das Bürgerkomitee mit der Information über die Bearbeitung der Medizinischen Akademie Magdeburg durch das MfS. Im Jahr 2001 wurden die Bände 8 und 9 fertiggestellt und der Öffentlichkeit übergeben.

### Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte Halle:

Der Verein teilte für das Jahr 2001 folgende Aktivitäten mit (Auswahl):

#### Projekt „17. Juni 1953 in Halle“

- Ausstellung: Der 17. Juni in Halle – ein Tag der Zivilcourage (Marktschloßchen, 12. Juni–1. Juli 2001 – ca. 4.000 Besucher)
- CD-ROM: Der 17. Juni in Halle – ein Tag der Zivilcourage (CD-Rom für PC + Mac über die Ereignisse in Halle)
- Postkartenserie: Der 17. Juni in Halle – ein Tag der Zivilcourage (Originalaufnahmen aus dem Bestand der BStU)
- Broschüren: Der 17. Juni in Halle – ein Tag der Zivilcourage (Begleitband zur Ausstellung mit einer Dokumentation zu den Schicksalen von Erna Dorn und Gerhard Schmidt und einer Chronologie des Tages)

### Weitere Broschüre:

- Erhöhter Vorkommnisanfall

Aktionen nach der Biermann-Ausbürgerung im Bezirk Halle

Autor: Udo Grashoff

### Forschungsprojekte:

- Geflüchtet, vertrieben – in Halle geblieben  
Erlebnisberichte von Heimatvertriebenen
- Leben in halleschen Abrisshäusern – Szenekultur im Blick des MfS
- Die hallesche Ärzte-Friedens-Gruppe „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“

### Videodokumentationen:

- Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang  
Dokumentation der Tagung der LStU  
(18. – 20. Mai 2001)
- Erinnerung an den 17. Juni 1953
  - Gedenken an die Opfer am Grab von Gerhard Schmidt – Friedhof Kröllwitz
  - Erinnerung an Mut und Zivilcourage – Hallmarkt
  - Ausstellungseröffnung – Marktschlößchen  
(12. Juni 2001)
- Begegnung mit Zeitzeugen des 17. Juni 1953  
Veranstaltung im Rahmen der Ausstellung  
(14. Juni 2001)
- Erkenntnisse über den 17. Juni 1953 aus den Akten von MfS und SED  
Vortrag von Dr. H. P. Löhn im Rahmen der Ausstellung  
(21. Juni 2001)
- Bildende Kunst und Parteiherrschaft  
Vortrag von Hannelore Offner und Diskussion in der Hochschule für Kunst und Design  
(26. September 2001)
- Erziehung in der DDR  
Vortrag von Freya Klier und Diskussion in der Gedenkstätte „Roter Ochse“  
(17. Oktober 2001)

## SACHSEN-ANHALT

Dienstag, 16. Oktober 2001

Zeugnisse der Vergangenheit erhalten

### Preise an ehrenamtliche Denkmalpfleger verliehen

Grünlagen (dpa). Kultusminister Harmis hat den „Verdri Gröslerorden“ Hörsel-Preis“ am Montag mit dem diesjährigen Denkmalpreis des Landes ausgezeichnet. Der Preis ist mit 15.000 Mark dotiert und würdigt die Bemühungen des Vereins zum Erhalt von Grenz- anlagen als Mätrmsal.

In Hörsel (Bördekreis) sind dank des Engagements der Gemeinde und von Bürgerin Si- cherungsanlagen auf einer Länge von 250 Metern erhalten. Zu dem verlieh Harmis am Montag in Grünlagen (Bördekreis) einen weiteren Gruppenpreis, und zwar mit je 5.000 Mark dotierte Einzelpreise.

Der zweite Gruppenpreis ging an die Archäologen Wolfgang Bernhardt, Bernhard Luthke, Armin Böhnel und Matthias



Kultusminister Harmis (l.) überreicht den Preis an den Grenzdenkmalverein Hörsel: Vereinsvorsitzender Achim Wülfler sowie Vorstandmitglied Siegfried Malschewski und Joachim Bittner (v. u.). Foto: R. Schweingel

- SOUD – Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnis-systems  
Vortrag von Monika Tantzsch und Diskussion in der Gedenkstätte „Roter Ochse“  
(22. Oktober 2001)

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. und Bund der Stalinistisch Ver-folgtten e.V.:

Die gemeinsamen Veranstaltungen „Die Opfer dürfen nicht vergessen werden“ wurden am 17.11.2001 im Hansa-Hotel Magdeburg und am 24.11.2001 in Hal-le durchgeführt. Diese Veranstaltungen beinhalten ein Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft mit einer Kranzniederlegung und einen Er-fahrungsaustausch untereinander. Sie dienen dem gegenseitigen Kennenlernen und der Stärkung untereinander.

Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V.:

Die Bemühungen des Vereins um den Erhalt eines Stückes der ehemaligen innerdeutschen Grenze wurden im Oktober 2001 mit dem Denkmalpreis des Landes Sachsen-Anhalt gewürdigt. Im Januar 2002 wurde der Vorsitzende Herr Walther zum Empfang des Bundespräsidenten eingeladen.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt beschloss im Dezember 2001, die Lan-desregierung aufzufordern, sich für die Klärung der Eigentumsverhältnisse des Grenzdenkmals Hötensleben einzusetzen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, das Grenzdenkmal als Außenstelle der Gedenkstätte Marien-born in die Landesträgerschaft zu übernehmen (Drucksache 3/66/5154 B vom 13.12.2001).

Der Verein führte wie in den vergangenen Jahren neben den Gedenkveranstaltungen und der Baumpflanzaktion auf dem ehemaligen Todesstreifen wieder ein internationales Workcamp am Grenzdenkmal durch.

**Das Land Sachsen-Anhalt hat sich im Berichtszeitraum an der finanzi-ellen Unterstützung der Arbeit von Vereinen politischer Häftlinge und Aufarbeitungsinitiativen durch Zuwendungen wie folgt beteiligt:**

(Einzelplan 11, Kapitel 1114: Haushalt der Landesbeauftragten für die Unterla-gen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt)

Titel 685 11: Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenenbildung

Haushaltsansatz: 2001: 36.000 DM

Institution	Projekt	Summe
Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V.	Beratung und Betreuung Ergänzung der Büroausstattung	1.445,00 DM
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.	Ankauf von Exponaten für die ständige Ausstellung	4.500,00 DM
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.	Weitere Recherchen zu: „Parteien in Niedersachsen und deren Beobachtung durch das MfS“	900,00 DM
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.	Weitere Recherchen zu: „Medizinische Akademie Magdeburg und das MfS“	1.800,00 DM
Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V.	Beteiligung am internationalen Workcamp	4.000,00 DM
Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V.	Zuschuss zur Struktur Anpassungsmaßna Fortsetzung von 2000	937,03 DM
Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V.	4. veränderte Auflage des Faltblattes zum Grenzdenkmal	1.960,63 DM
Ökologische Arbeitsgruppe e.V. Halle	Recherchen zu: „Philipp Müller“	1.680,00 DM
Ökologische Arbeitsgruppe e.V. Halle	Weitere Recherchen zur Rolle der SED-Bezirksleitung Halle im Wendejahr 1989	3.900,00 DM
Verband der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Anhalt-Köthen e.V.	Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit an ausgewählten Beispielen regionaler Zeitgeschichte (Leistungssport)	2.700,00 DM
Verein Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle	Broschüre und Postkartenserie zum 17. Juni 1953 in Halle/Saale	7.677,08 DM
Verein Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle	Erstellung einer Broschüre zu den Reaktionen auf die Biermann-Ausbürgerung	4.500,00 DM
Summe		35.999,74 DM
Rest		0,26 DM

Die Mittel wurden fristgemäß abgerufen und angeordnet.

Titel 685 51: Sonstige Zuschüsse

Haushaltsansatz: 2001: 36.000 DM

Institution	Projekt	Summe
Bund der Stalinistisch Verfolgten und Vereinigung der Opfer des Stalinismus	Baumpflanzaktion am Grenzdenkmal in Hötensleben	1.800 DM
Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V.	Baumpflanzaktion am Grenzdenkmal (Workcamp 2001)	630 DM
Vereinigung der Opfer des Stalinismus und Bund der Stalinistisch Verfolgten	Bustagesfahrt mit Opfern der SED-Diktatur zu Gedenkstätten und Gespräche mit Personen des öffentlichen Lebens	8.000 DM
Vereinigung der Opfer des Stalinismus und Bund der Stalinistisch Verfolgten	Gedenkveranstaltung „Die Opfer dürfen nicht vergessen werden“ im November 2001	10.500 DM
Vereinigung der Opfer des Stalinismus und Bund der Stalinistisch Verfolgten	Anteilige Tagungsbeiträge für Opfer der SED-Diktatur für die Teilnahme am bundesweiten Kongress der Landesbeauftragten und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Mai 2001 in Halle/Saale	570 DM
Vereinigung der Opfer des Stalinismus und Bund der Stalinistisch Verfolgten	Chronik 1999/2000	4.000 DM
Vereinigung der Opfer des Stalinismus und Bund der Stalinistisch Verfolgten	Beratung und Betreuung von Opfern der SED-Diktatur und verschiedene Gedenkveranstaltungen in Sachsen-Anhalt	10.000 DM
Verein Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle/Saale	Reparatur der Videokamera	500 DM
Summe		36.000 DM

Die Mittel wurden fristgemäß abgefordert und angeordnet.

Im Haushalt 1999 wurde ein neuer Titel 685 52 eingestellt und mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 DM für die Jahre 2000–2004 versehen.

Die damalige Zusage dieser Summe auch für den Haushalt 2001 machte es möglich, Zuwendungsbescheide über anteilige Fördersummen für zwei vorliegende Anträge schon im Jahre 2000 auszustellen. Damit wurde eine Förderung durch die Stiftung im Jahre 2001 möglich und die beiden Verbände erhielten für 2001 eine Planungssicherheit.

Titel 685 52: Zuschüsse an die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin

Institution	Projekt	Summe
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.	Erhaltung der Arbeitsmöglichkeiten des Historischen Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V. in Magdeburg	68.531,25 DM
Verein Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle	Befragung von Zeitzeugen, Sicherung der Ergebnisse, Erforschung des dazugehörigen Aktenmaterials	31.468,75 DM
Summe		100.000 DM

Bei beiden Projekten handelt es sich jeweils um eine anteilmäßige Förderung. Der restliche Teil der Kosten der Projekte wurde durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und durch den Eigenanteil der Zuwendungsempfänger erbracht. Im Berichtszeitraum wurden bereits zwei Anträge zur anteilmäßigen Förderung von Projekten durch das Land Sachsen-Anhalt gestellt. Die Zuwendungen wurden seitens der Behörde der Landesbeauftragten und inzwischen auch durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für 2002 bewilligt.

## 6. Informationen zum Stand der Rechtsprechung

### 6.1. Rechtsprechung zur Überprüfung des Öffentlichen Dienstes, zur Rehabilitierung und zu vermögensrechtlichen Fragen

#### 6.1.1. Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt

Durch Anfragen bei den Arbeits- und Verwaltungsgerichten in Sachsen-Anhalt informiert sich die Landesbeauftragte über den Stand der Rechtsprechung bei

Verfahren mit MfS-Bezug. Ausgewählte, anonymisierte Urteile werden der Behörde auf Anfrage zugesandt und dienen der Beratung.

Auf die Anfrage bei den Arbeitsgerichten des Landes Sachsen-Anhalt teilte das Landesarbeitsgericht in Halle 1 Fall in zweiter Instanz mit, das Arbeitsgericht Magdeburg meldete 3 Verfahren und die Arbeitsgerichte Halle und Dessau meldeten je 1 Verfahren am Beginn des Jahres 2001, wovon 2 durch Urteil abgeschlossen wurden, die Arbeitsgerichte Halberstadt, Naumburg und Stendal bearbeiteten keine Fälle mehr.

Auf die Anfrage bei den Verwaltungsgerichten des Landes Sachsen-Anhalt teilte das Oberverwaltungsgericht in Magdeburg 2 Fälle mit, das Verwaltungsgericht Halle meldete 5 Verfahren am Beginn des Jahres 2001, wovon 4 durch Urteil abgeschlossen wurden, die Verwaltungsgerichte Dessau und Magdeburg bearbeiteten keine Fälle mehr.

#### 6.1.2. Stand der Rechtsprechung zur Rente, zum Persönlichkeitsrecht, zur Rehabilitation und zum Vermögensrecht (bundesweit)

##### Rente (Beitritt zur Zusatzversorgung aus politischen Gründen verweigert):

Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 12. Juni 2001 (B 4 RA 117/00 R): Ein Ingenieur-Ökonom, der bereits in der DDR als solcher tätig war, ist Berechtigter der Zusatzversorgung technische Intelligenz, auch wenn er damals nicht in die Zusatzversorgung aufgenommen wurde (z.B. aus politischen Gründen) – die BfA hat diese Zugehörigkeit festzustellen; dabei muss abstrakt darauf abgestellt werden, wer zu den Begünstigten eines Zusatzversorgungssystems gehört.

##### Persönlichkeitsrecht:

Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin vom 4. Juli 2001 (VG 1 A 389/00): Vorbeugende Unterlassungsklage Kohl gegen BStU – das Verwaltungsgericht Berlin gab der Klage statt, Begründung: Der Schutz als Betroffener/Dritter muss beachtet werden, auch wenn es sich um eine Person der Zeitgeschichte handelt. Das Revisionsverfahren findet vor dem Bundesverwaltungsgericht statt, 1. Verhandlungstag ist der 8. März 2002.

##### Rückübertragung und Entschädigung – russische Rehabilitation:

Entscheidung des Verwaltungsgerichts Weimar vom 25. Januar 2001 (5 K 748/93 We): Die bei sogenannten besatzungshoheitlichen Maßnahmen ausgeschlossene Grundstücksrückübertragung ist auszusprechen, wenn die russische Rehabilitation erfolgt ist, weil damit die ehemalige Besatzungsmacht auf ihr Recht verzichtet.

##### Rückübertragung und Entschädigung – Niedrigmietenpolitik:

Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 28. März 2001 (8 C 4/00): Eine Rückübertragung nach dem Vermögensgesetz kann auch erfolgen, wenn das Grundstück nicht entzogen, sondern wegen der Überschuldung als Folge der Niedrigmietenpolitik der DDR „freiwillig“ abgegeben wurde (§ 1 Abs. 2 VermG – trifft nicht zu bei Erwerb eines bereits sanierungsbedürftigen Gebäudes in der DDR) – Vorinstanz war das Verwaltungsgericht Magdeburg.

#### 6.1.3. Stand der Rechtsprechung im Bereich der freien Berufe (bundesweit)

##### Freiberufler (früher DDR-Richter):

Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 18. Juni 2001 (AnwZ (B) 46/00): Ein Widerruf der Zulassung als Rechtsanwalt ist auch nach strafrechtlicher Verurteilung wegen Rechtsbeugung als DDR-Richter zu Freiheitsstrafe von einem Jahr zwei Monaten nach § 339 StGB anders als nach einer Rechtsbeugung in der Bundesrepublik nicht zwingend, weil für die Frage des Zulassungswiderrufs auf DDR-Recht (kein Verlust der Amtsfähigkeit nach Verurteilung) abgestellt wird.

#### 6.2. Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität

Eigentlich sollte durch die Strafverfolgung der Rechtsfriede wiederhergestellt werden. Hierzu muss festgestellt werden, dass eine juristische Verfolgung von Straftaten aus der DDR nur sehr eingeschränkt möglich war. Die mit Ablauf des 2. Oktober 2000 eingetretene Verjährung fast aller Straftaten (z. B. Rechtsbeugung), die milde Rechtsprechung (keine Verurteilung wegen Rechtsbeugung bei Urteilen wegen Republikflucht) ist insbesondere deshalb für die Opfer ärgerlich, weil – häufig infolge der fehlenden Unterlagen – die Rehabilitierungen nur langsam vor sich gehen.

##### Hauptverhandlung vor der 1. Strafkammer des LG MD (21 Ks 25/97)

Entscheidung des Landgerichts Magdeburg vom 27. November 2001 (21 Ks 25/97): „Letzte“ Entscheidung in Sachsen-Anhalt zu Todesfällen an der Grenze – zur Minenverlegung des Typs SM 70 (am Zaun angebrachte Splitterminen) an der Grenze durch Befehl aus dem Jahr 1976. Aufgrund der Minenverlegung wurde am 17. April 1980 ein 28-Jähriger so verletzt, dass er trotz Notoperation nach 10 Stunden verstarb: 1 Verurteilung wegen Totschlags (Grund: Erteilung des Befehls), 1 Freispruch (keine Mitwirkung).

### Zum Urteil der 1. Strafkammer des LG MD (21 Ks 20/97)

Das im 7. Tätigkeitsbericht auf S. 87 dargestellte Urteil des Landgerichts Magdeburg vom 30. Juni 2000 (Verurteilung wegen Mordes nach tödlichen Schüssen an der Grenze) wurde auf Revision des Angeklagten und der Staatsanwaltschaft vom Bundesgerichtshof aufgehoben und der Fall zur neuen Verhandlung an das Landgericht Dessau verwiesen. Die Auffassung des Bundesgerichtshofs, es liege kein Mord vor, ist dort zu berücksichtigen.

### Mauerschützenprozesse:

Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 6. November 2001 (5 StR 363/01): Aus Anlass der Auflösung einer Ansammlung von Heranwachsenden versuchte der Angeklagte, einen 18-Jährigen festzunehmen. Dieser riss sich los. Der Angeklagte gab zunächst einen Warnschuss, dann aus 20 Metern Entfernung einen Schuss auf die Beine ab, der in den Rücken traf. Der 18-Jährige verstarb nach drei Wochen an Folgen des Schusses. Landgericht: Körperverletzung mit Todesfolge, nicht gerechtfertigt; Bundesgerichtshof: Straftat liegt vor, ist aber verjährt: Gezielte Vertuschung ist nicht nachzuweisen (Eltern hatten Totenschein mit Todesursache Schussverletzung bekommen, dann allerdings wieder abliefern müssen), keine Fallgruppe der Verjährungshemmung trifft zu (diese sind: Schüsse an der Grenze, Rechtsbeugung, Verschleppungen in die DDR, Freiheitsberaubung durch politische Denunziation und Vergabe schädlicher Dopingmittel).

### Ärztliche Fehlbehandlung, Doping:

Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 5. September 2001 (5 StR 330/01 – Dopingfälle: Manfred Ewald u. a.): Bis zum 3.10.1990 keine Verjährung der Verfolgung der Vergabe von Dopingmittel an anfangs minderjährige, uneingeweihte Sportlerinnen, deshalb waren die Taten (Körperverletzung usw.) noch strafbar.

### 6.3. Unterlagen der Zentralen Erfassungsstelle

Akten der früheren Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin (Regierungs- und Vereinigungskriminalität), befinden sich – einschließlich der Akten der früheren Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter (fast vollständig – Kopien) – beim Generalstaatsanwalt Berlin, Dezernat 25, 26 und 27 (OStA Jahntz), Eißholzstraße 30–33, 10781 Berlin, Telefonnummer (030) 90 15-27 00.

Die Originalakten der jetzt so genannten Zentralen Beweismittel- und Dokumentationsstelle, vormals Salzgitter, sind bei der Generalstaatsanwaltschaft, Domplatz 1, 38100 Braunschweig, Telefonnummer (05 31) 48 80 gelagert.

Der Abdruck der Artikel auf den Seiten 66 und 89 erfolgte mit freundlicher Genehmigung der Zeitungen „Tag des Herrn“ und „Magdeburger Volksstimme“.

### **Impressum**

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt  
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Verfasser: Landesbeauftragte Edda Ahrberg

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA-Druckerei Naumburg – Arbeitsverwaltung